

Das Umweltbundesamt (UBA) ist Anlaufstelle in nahezu allen Fragen des Umweltschutzes. Es arbeitet für den Schutz von Wasser, Boden und Luft und an den übergreifenden Themen Umwelt und Gesundheit, Klimaschutz und Energie, Verkehr sowie Abfall und Fragen des technischen Umweltschutzes. Als Bundesoberbehörde gehört das UBA zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Für unser **Fachgebiet III 1.5 „ Kommunale Abfallwirtschaft, Gefährliche Abfälle, Anlaufstelle Basler Übereinkommen“** mit Dienstsitz in Dessau-Roßlau - Bauhausstadt im Dessau-Wörlitzer Gartenreich - suchen wir eine/n

Volljurist/in

Das Arbeitsverhältnis beginnt so bald wie möglich und ist bis zum 30.11.2018 befristet.

Teilzeitbeschäftigung ist grundsätzlich möglich. Gehen solche Bewerbungen ein, wird im Einzelfall geprüft, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Ihre Aufgaben:

Der Fachbereich III befasst sich mit Fragen des Ressourcenschutzes, der Abfallwirtschaft, des produktbezogenen Umweltschutzes, des nachhaltigen Konsums und des Emissionsschutzes. Das Fachgebiet III 1.5 bearbeitet dabei insbesondere Fragen der kommunalen Abfallentsorgung, der Entsorgung gefährlicher Abfälle und ist zuständige Genehmigungsbehörde für den Vollzug der grenzüberschreitenden Abfallverbringung bei der Durchfuhr durch Deutschland. Des Weiteren ist in diesem Fachgebiet die Anlaufstelle zum Basler Übereinkommen eingerichtet. Im Rahmen der ausgeschriebenen Stelle sollen für die Themen des Fachbereiches III Rechtskonzepte entwickelt und auftretende Rechtsfragen bearbeitet werden, insbesondere:

- Konzeption und Weiterentwicklung der nationalen, europäischen und internationalen Rechtsgrundlagen der Abfallwirtschaft, insbesondere im Bereich der Abfallentsorgung sowie des Ressourcenschutzrechtes
- Konzeption und Weiterentwicklung des Rechts zur nachhaltigen Gestaltung von Produkten und des Konsums, des Immissionsschutzrechtes sowie des Rechts zur Produktverantwortung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene
- Entwicklung und Stärkung von Lösungsansätzen zur verbesserten Vermeidung von Lebensmittelabfällen
- Bearbeitung von Rechtsfragen im Rahmen des Vollzugs zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung und juristische Unterstützung der "Anlaufstelle Basler Übereinkommen"
- Mitwirkung in einschlägigen internationalen und nationalen Gremien sowie Durchführung von Forschungsvorhaben

Ihr Profil:

- abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften mit 1. und 2. Staatsexamen
- vertiefte Kenntnisse des nationalen, europäischen und internationalen Umwelt- und Verwaltungsrechts
- vertiefte Kenntnisse des Abfallrechts
- vertiefte Kenntnisse des Rechts der grenzüberschreitenden Abfallverbringung (Basler Übereinkommen, OECD-Ratsbeschluss, AbfVerbrG)
- möglichst Berufserfahrungen in der öffentlichen Verwaltung
- hohe Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit zu selbstständigem, eigenverantwortlichem Handeln sowie die Bereitschaft zur kooperativen und interdisziplinären Teamarbeit
- Fähigkeit, sich auf andere Anforderungen und Bedingungen einzustellen
- Erfahrung in der Anwendung moderner Informationssysteme
- gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift

Unser Angebot:

Wir bieten Ihnen im Rahmen flexibler Arbeitszeiten einen verantwortungsvollen und abwechslungsreichen Arbeitsplatz in einer wissenschaftlichen Behörde. Weiterbildung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Personalentwicklung. Wir unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Dotierung: Entgeltgruppe 13 TVöD (Tarifgebiet Ost)

Bewerbungen von Beamtinnen und Beamten werden im Einzelfall geprüft.

Kenn.-Nr.: 1/III/18

Bewerbungsfrist: 09.01.2018 (Bewerbungen, die nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingehen [Eingangsstempel des UBA], können nicht mehr berücksichtigt werden.)

Nähere Auskünfte zum Anforderungs- und Aufgabenprofil erteilen Ihnen Herr Dr. Joachim Wuttke unter 0340 2103-3459 oder Frau Dr. Evelyn Hagenah unter 0340 2103-3394.

Förderliche Vordienstzeiten/einschlägige Berufserfahrung können ggf. im Einzelfall innerhalb der Entgeltgruppe auf die Stufenzuordnung angerechnet werden. Das UBA übernimmt bei Vorliegen aller persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen die Zahlung von Reisekosten, Trennungsgeld sowie Umzugskosten gemäß Bundesreisekostengesetz (BRKG), Trennungsgeldverordnung (TGV) und Bundesumzugskostengesetz (BUKG).

Das UBA fördert die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, Unterrepräsentanz zu beseitigen. Begrüßt werden Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen schicken Sie bitte in schriftlicher Form an die Bewerberbetreuung des UBA oder senden sie per E-Mail (Anhang ausschließlich als PDF-Datei, max. zwei Dateien und insgesamt nicht größer als 3 MB) an bewerbung@uba.de. Bitte geben Sie die Kenn.-Nr. an. Das UBA begrüßt Bewerbungen auf umweltfreundlichem Papier.